

Ständerat

Frühjahrssession 2019

17.060 s Für verantwortungsvolle Unternehmen - zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative**Entwurf des Bundesrates**

vom 15. September 2017

**Anträge der Kommission für Rechtsfragen
des Ständerates**

vom 19. Februar 2019

*Zustimmung zum Entwurf,
wo nichts vermerkt ist***Bundesbeschluss****über die Volksinitiative «Für
verantwortungsvolle Unternehmen –
zum Schutz von Mensch und Umwelt»**

vom ...

*Die Bundesversammlung der
Schweizerischen Eidgenossenschaft,*gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der
Bundesverfassung¹,
nach Prüfung der am 10. Oktober
2016² eingereichten Volksinitiative «Für
verantwortungsvolle Unternehmen – zum
Schutz von Mensch und Umwelt»,
nach Einsicht in die Botschaft des
Bundesrates vom 15. September 2017³,*beschliesst:*

1 SR 101
2 BBl 2016 8107
3 BBl 2017 6335

Bundesrat**Kommission des Ständerates****Art. 1**

¹ Die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» vom 10. Oktober 2016 ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 101a Verantwortung von Unternehmen

¹ Der Bund trifft Massnahmen zur Stärkung der Respektierung der Menschenrechte und der Umwelt durch die Wirtschaft.

² Das Gesetz regelt die Pflichten der Unternehmen mit satzungsmässigem Sitz, Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung in der Schweiz nach folgenden Grundsätzen:

- a. Die Unternehmen haben auch im Ausland die international anerkannten Menschenrechte sowie die internationalen Umweltstandards zu respektieren; sie haben dafür zu sorgen, dass die international anerkannten Menschenrechte und die internationalen Umweltstandards auch von den durch sie kontrollierten Unternehmen respektiert werden; ob ein Unternehmen ein anderes kontrolliert, bestimmt sich nach den tatsächlichen Verhältnissen; eine Kontrolle kann faktisch auch durch wirtschaftliche Machtausübung erfolgen;
- b. Die Unternehmen sind zu einer angemessenen Sorgfaltsprüfung verpflichtet; sie sind namentlich verpflichtet, die tatsächlichen und potenziellen Auswirkungen auf die international aner-

Bundesrat**Kommission des Ständerates**

kannten Menschenrechte und die Umwelt zu ermitteln, geeignete Massnahmen zur Verhütung von Verletzungen international anerkannter Menschenrechte und internationaler Umweltstandards zu ergreifen, bestehende Verletzungen zu beenden und Rechenschaft über ergriffene Massnahmen abzulegen; diese Pflichten gelten in Bezug auf kontrollierte Unternehmen sowie auf sämtliche Geschäftsbeziehungen; der Umfang dieser Sorgfaltsprüfungen ist abhängig von den Risiken in den Bereichen Menschenrechte und Umwelt; bei der Regelung der Sorgfaltsprüfungspflicht nimmt der Gesetzgeber Rücksicht auf die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen, die geringe derartige Risiken aufweisen;

c. Die Unternehmen haften auch für den Schaden, den durch sie kontrollierte Unternehmen aufgrund der Verletzung von international anerkannten Menschenrechten oder internationalen Umweltstandards in Ausübung ihrer geschäftlichen Verrichtung verursacht haben; sie haften dann nicht nach dieser Bestimmung, wenn sie beweisen, dass sie alle gebotene Sorgfalt gemäss Buchstabe b angewendet haben, um den Schaden zu verhüten, oder dass der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt eingetreten wäre;

d. Die gestützt auf die Grundsätze nach den Buchstaben a–c erlassenen Bestimmungen gelten unabhängig vom durch das internationale Privatrecht bezeichneten Recht.

Bundesrat

Art. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.

Kommission des Ständerates

Art. 2

Mehrheit

Fristverlängerung nach Art. 105 Abs. 1 ParlG

Die Behandlungsfrist der Volksinitiative wird nach Artikel 105 Absatz 1 ParlG um ein Jahr, d.h. bis zum 10. April 2020, verlängert.

Minderheit (Levrat, Cramer, Janiak, Jositsch, Seydoux)

...
..., die Initiative anzunehmen.